



Baden-Württemberg.de

📅 04.02.2013

BILDUNG

Kultusministerium genehmigt 87 Gemeinschaftsschulen zum nächsten Schuljahr

Kultusminister Andreas Stoch hat die 87 genehmigten Gemeinschaftsschulen der zweiten Tranche vorgestellt, die zum kommenden Schuljahr 2013/2014 starten werden. Damit wurden 27 der letztlich 114 entscheidungsreifen Anträge abgelehnt. „Wir wollen erreichen, dass die neuen Schulen erfolgreich arbeiten und die Kinder davon profitieren. Wir wollen also möglichst viele gute Gemeinschaftsschulen, aber nicht möglichst schnell möglichst viele“, sagte Kultusminister Andreas Stoch.

Die Entscheidung der Kultusverwaltung richtete sich als erstes nach den pädagogischen Konzepten. „Die hohe Qualität der ausgearbeiteten Konzepte macht deutlich, dass sich Lehrkräfte und Schulen eine noch stärker am Kind orientierte Pädagogik wünschen, die den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen ist“, betonte der Minister. Als weiteres Kriterium galt nach dem Schulgesetz die Zweizügigkeit, die nach Prognosedaten zu erwarten sein musste. Der Klassenteiler liegt bei 28. Wenn keine Zweizügigkeit absehbar war, wurde abgelehnt. Bei den meisten Ablehnungen wurde dieses Kriterium nicht erfüllt. In einigen dieser Fälle stehen jetzt Gespräche zwischen den Kommunen an, um das Einzugsgebiet der Gemeinschaftsschule zu vergrößern.

Ursprünglich hatten 120 Schulträger Anträge bei den Staatlichen Schulämtern eingereicht. Davon sind im Laufe des Genehmigungsverfahrens drei Anträge zurückgezogen worden, in drei weiteren Fällen sind jeweils zwei Schulen eine Kooperation eingegangen, so dass letztlich 114 entscheidungsreife Anträge vorlagen.

Interessenskonflikte im Dialog geklärt

Bei den Beratungen der Schulträger wurde die Standortfrage als Kriterium für die regionale Schulentwicklung jetzt schon berücksichtigt. Die Schulverwaltung überprüfte zudem in jedem einzelnen Fall, wie groß die mögliche Zahl der Schülerinnen und Schüler sein könnte und ob diese Nachfrage längerfristig Bestand hat. Diese Bewertung erfolgte unter Einbeziehung bereits vorhandener Schulen und auf Grundlage der berechneten Schülerzahlprognosen. „Uns ist es wichtig, dass bei der Genehmigung alle Interessen im Dialog geklärt werden. Die Staatlichen Schulämter leisten hervorragende Planungs- und Vermittlungsarbeit zwischen Schulträgern und Nachbargemeinden“, unterstrich der Kultusminister.

Begeisterung für neue Schulart über Parteigrenzen hinweg

Die zahlreichen Diskussionen und Informationsveranstaltungen vielerorts hätten gezeigt, dass sich die Bürger jenseits aller Parteigrenzen hinweg stark mit dem Thema Gemeinschaftsschule beschäftigten, erklärte Stoch. Die Begeisterung für die neue Schulform sei bei Eltern, Lehrkräften und Schülern an den 42 bestehenden Standorten groß und sie übertrage sich auch auf viele andere Bürger. Das werde letztlich an der hohen Antragszahl für die zweite Tranche deutlich. Stoch begrüßte das große Interesse an der Gemeinschaftsschule im Land. Bürgerentscheide wie in Bad Saulgau würden dazu beitragen, Informationen über die moderne Pädagogik und diese neue Schulform zu verbreiten: „Ich halte es für sehr wichtig, dass sich viele Menschen mit diesem Thema beschäftigen, um so auch die heutige Unterrichtsqualität in den Schulen und deren künftige Entwicklung kennen zu lernen.“

Zusätzliches Bildungsangebot an die Kommunen

Mit Blick auf Bad Saulgau wünschte sich der Kultusminister allerdings auch, dass in solchen begrüßenswerten Debatten sachliche Argumente die Hauptrolle spielen, weniger ideologische oder parteipolitische. „Wir wollen doch erreichen, dass die Bürger vor Ort eine Entscheidung im Sinne ihrer Kinder treffen können, und dass diese Entscheidung nicht von sachfremden Einflüssen begleitet wird.“ Die Gemeinschaftsschule sei ein zusätzliches und freiwilliges Bildungsangebot an die Kommunen, das von vielen Kommunalpolitikern aller Parteien als Chance betrachtet werde.

Der Minister verwies deshalb auf die Vorteile der neuen Schulart: „In der Gemeinschaftsschule haben alle Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen und individuelle Lernformen die Chance auf einen Abschluss, der ihren Begabungen und Fähigkeiten entspricht.“ Er begrüßte nochmals das in der vergangenen Woche veröffentlichte Ergebnis bei den Übergangszahlen an die Gemeinschaftsschulen. „Dass 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler Empfehlungen für die Realschule und das Gymnasium haben, macht die Attraktivität und das Potenzial der neuen Schulart deutlich.“

Weitere Informationen

[Gesamtliste der 87 genehmigten Schulen der 2. Tranche auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2013/2014](#)

[Karten GMS 2. Tranche Schuljahr 2013/2014](#)

[Fragen und Antworten zur Gemeinschaftsschule](#)